



Institut für Medienverantwortung

IMV Institut für
Medienverantwortung
gemeinnützige UG
(haftungsbeschränkt)
Goethestraße 6
91054 Erlangen

Fon +49 9131 933 277-8
Fax +49 9131 933 277-9
www.medienverantwortung.de
info@medienverantwortung.de

Kolumne, 24.09.2010
Dr. Sabine Schiffer

Der Palast muss wieder her!

Ein Lehrstück deutscher Geschichte

So wie man nach dem zweiten Weltkrieg und dem Faschismus des Nationalsozialismus in der DDR mit der vorherigen Geschichte brechen wollte, so bricht heute die Bundesrepublik mit dem, was DDR-Geschichte bezeugen könnte. Es geht um Deutungsmacht und Geschichtsschreibung, und dabei muss das jeweils Andere als Folie erhalten. Während nach langen Jahren der Planung schließlich 1976 der „Palast der Republik“ der DDR auf dem Grundstück des ehemaligen Stadtschlusses gegenüber dem Pergamon-Museum in Berlin erbaut worden war und sinnbildlich für die Architektur der 1970er Jahre mit viel glatt und Glas stand, wurde dieser „Volkspalast“ nach der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik so schnell wie möglich entfernt – allerdings wohlgemerkt, beschlossen von der letzten DDR-Regierung unter Lothar DeMaiziere. Angeblich asbestverseucht, wurde er – trotz aufkeimender Proteste – abgerissen und durch eine grüne Grasfläche ersetzt, dem teuersten unbebauten Grundstück ganz Deutschlands. Die Verbitterung einiger ehemaliger DDR-Bürger, die sich als Verlierer der Einheit sehen, ist nachvollziehbar – und so ganz lassen sich deren Verlautbarungen nicht mit Ostalgie-Vorwürfen abtun.

Anlässlich einer Ausstellungseröffnung am Franz-Mehring-Platz in der Nähe des Ostbahnhofs zu Berlin, dem Sitz von Neues Deutschland und Rosa Luxemburg-Stiftung, wurde der Palastvernichtung und, mit vielen Fotos, Briefen und weiteren Text- und Bilddokumenten, der Eliminierung der eigenen Geschichte gedacht (<http://www.palastschaustelle.eu/freundeskreis.html>). Dabei war der Blick weniger rückwärtsgewandt, als man vielleicht erwartet hätte – auch nicht unkritisch über Fehlentwicklungen in der eigenen Geschichte, sondern mit einem klaren Signal an Gegenwart und Zukunft, dass man auf Grund der eigenen Erfahrung doch Wichtiges und Konstruktives zum Projekt Deutschland beizutragen habe. Denn dass da einiges schief läuft - wogegen es theoretische Konzepte gab und gibt, die aber den Praxistest nicht bestanden haben - ist ja nicht zu leugnen.

Der Münzenberg-Saal war gut gefüllt, als Rudolf Denner, Vorsitzender des Freundeskreises des Palasts der Republik, den Hauptredner Dr. Klaus Blessing zum Pult bat. Der Autor von „Die Schulden des Westens. Was hat die DDR zum Wohlstand der BRD beigetragen?“ zählte nüchtern einige Fakten auf, die nachweisbar unterschlagen werden, womit ein schiefes Bild von den beiden Deutschlands damals wie dem Deutschland heute gezeichnet wird. Dabei ging es nicht um Verklärung der

DDR und Dämonisierung der BRD, und bei aller Enttäuschung hat auch niemand gefordert, dass das Volkshaus wieder aufgebaut werden sollte. Es ging um die Zuerkennung von Würde und um Ehrlichkeit, die Deutschland insgesamt besser täte. Denn durch die verfälschende bis eliminierende Geschichtsaufarbeitung der amtlichen Stellen wird das Ungleichgewicht, das durch die Treuhand entstanden ist, noch verschärft und fördert weder den sozialen Frieden noch das Zusammengehörigkeitsgefühl. Blessings Analyse stützen Erhebungen, wie sie kürzlich in die Sendung frontal 21 vom 14. September 2010 (<http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/5/0,1872,8108613,00.html>) eingeflossen sind sowie in dem Beitrag „Geschlossene Gesellschaft“ des SZ-Magazins (<http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/34445/>) zum Ausdruck kommen. Der Titel „Beutezug Ost“ des ZDF-Beitrags mag dramatisch klingen, aber dass durch nicht zugegebene Ungerechtigkeiten Ressentiments geschürt werden, ist wahrlich kein singuläres Phänomen im heutigen Deutschland.

Am 3. Oktober, dem „Tag des Anschlusses“, wie er im Münzenberg-Saal heißt, ruft nicht nur der Freundeskreis des „vernichteten Palastes“ zu Protesten auf unter dem Titel „Zwanzig Jahre ausgeplündert, ausgegrenzt, ausgespäht“. Auch die Liga für Menschenrechte lädt ein ins Haus der Demokratie und Menschenrechte, um sich kritisch mit der Arbeit der Geheimdienste auseinander zu setzen. Wäre vielleicht eine Überlegung wert, wie man den Tag der offenen Moschee in dieses Bemühen um ein geeintes Deutschland ohne Ausgrenzung einbinden könnte.